

Kosovo und Serbien: Aussichten für Demokratie und Versöhnung

Am 17. Februar 2008 verkündete Premierminister Hashim Thaci die Unabhängigkeit des Kosovos. Während die albanischen Bewohner ausgelassen in der Hauptstadt Pristina feierten, blickten die serbischen Einwohner mit Besorgnis und Ungewissheit in die Zukunft. Auf internationaler Ebene rief die Geburt des neuen europäischen Staates unterschiedliche Reaktionen hervor.

Serbien bezeichnete die Unabhängigkeit als illegal und weigerte sich, den Kosovo als souveränen Staat anzuerkennen. Russland berief den UN-Sicherheitsrat ein und verlangte, die Proklamation für null und nichtig zu erklären.

Die USA und die EU-Mitgliedsstaaten – mit Ausnahme von Spanien – begrüßten die Entwicklung und erkannten den Kosovo als eigenständigen Staat an. Serbien zog daraufhin seine Botschafter aus diesen Ländern ab und in Belgrad kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Serben und Albanern, sowie zu Angriffen auf die US-Botschaft. Die Kette der Ereignisse stellte die Beziehungen zwischen Serbien und der EU, vor allem aber die Bündnisse innerhalb der serbischen Koalition zwischen der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) und der Demokratischen Partei (DS), auf eine harte Probe. Ministerpräsident Vojislav Kostunica gab seinen Rücktritt bekannt und Präsident Tadic löste das Parlament auf. Mit Spannung werden nun die Wahlen am 11. Mai erwartet. Angesichts dieser Entwicklungen hatte das National Democratic Institute for International Affairs am 10. März zu einem Vortrag eingeladen, um sich mit der Bedeutung der Unabhängigkeit des Kosovos für die Region selbst, für Serbien und für dessen Bezie-

hungen zur Europäischen Union zu befassen.

Tom Kelly, der Direktor des Büros des National Democratic Institute in Belgrad, kam auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovos zu sprechen, die in Serbien zu Unruhen geführt habe. Diese seien jedoch aufgrund ausreichender Sicherheitsvorkehrungen ohne größere Ausschreitungen verlaufen. Es hätten viele Demonstrationen vor dem Parlament mit mehr als 100.000 Beteiligten ohne weitere Zwischenfälle stattgefunden. Doch diese Form des friedlichen Protestes sei der Weltöffentlichkeit bedauerlicherweise durch die Medien vorenthalten worden. Die Mehrheit der serbischen Bevölkerung habe die Angriffe auf die US-Botschaft verurteilt, doch stattdessen seien nur die Bilder der vereinzelt vorgekommenen Gewaltakte präsentiert worden. Anschließend ging Kelly auf die Kette der Ereignisse ein, die auf die Brandanschläge auf die US-Botschaft folgten und schließlich zur Evakuierung der Vertretung geführt hätten. In Serbien habe die Anerkennung des Kosovos durch die meisten der EU-Mitgliedsstaaten zu einer Diskussion geführt, ob man eine Mitgliedschaft in der EU anstreben oder darauf verzichten wolle. In diesem Zusammenhang habe Präsident Boris Tadic das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angekündigt. Auf diesem Wege könne das serbische Volk selbst über einen möglichen Beitritt zur EU entscheiden, indem es für oder gegen eine pro-westliche und pro-europäische Partei,¹ stimme.

¹ Die Demokratische Partei, der u. a. Präsident Tadic angehört, fördert eine Annäherung zur EU. Ministerpräsident Vojislav Kostunica und die Demokratische Partei Serbiens vertreten hingegen einen nationalistischen Kurs.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

ANDREA ROTTER

März 2008

www.kas.de/serbien

www.kas.de

Da lokale und Präsidentschaftswahlen am selben Tag durchgeführt würden, erwarte man eine besonders hohe Wahlbeteiligung. Über den Wahlausgang könne man sich jedoch noch nicht genauer äußern. Er hoffe aber, dass die radikalen Parteien weniger Einfluss gewinnen und stattdessen liberalere Parteien an der Regierungsbildung beteiligt werden würden.

Valdete Idrizi, die dieses Jahr mit dem Award for International Women of Courage ausgezeichnet wurde, ist die Leiterin des Community Building Mitrovica². Sie begann ihren Vortrag mit einer kurzen Darstellung ihrer Arbeit.

Ziel sei es, die serbischen und albanischen Einwohner zu vereinen und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Da viele der Menschen, egal ob Serben oder Albaner, aus ihrer ursprünglichen Heimat vertrieben worden seien, sei das Thema einer möglichen Rückkehr wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit. Vor Ort habe Idrizi zwar durchaus auf Religion basierende Konflikte erlebt, doch gebe es ein starkes Gefühl der Solidarität zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen.

Anders als von den Medien und internationalen Organisationen immer dargestellt, würden die Menschen gerne miteinander leben. Um die Demokratie in dieser Region zu festigen, sei es wichtig, die Partizipation – vor allem die der Frauen – am politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess zu fördern. Denn die Bevölkerung habe kein Vertrauen mehr in die Politik, da man sich in Belgrad in ihren Augen nicht um ihre missliche Lage kümmere. Diese Anstrengung müsse aber von den politischen Akteuren auf allen Ebenen, also von den Politikern in Belgrad sowie beispielsweise durch europäische Organisationen, gefördert werden. Im Hinblick auf die Unabhängigkeitserklärung müsse sich die internationale Ge-

meinschaft darüber im Klaren sein, dass beide Bevölkerungsgruppen in Mitrovica den Willen hätten, auch weiterhin zusammenzuleben. Wie Kelly, ist auch Idrizi der Meinung, dass die Medien nur die „halbe“ Wahrheit gezeigt hätten. Die Mehrheit der Menschen lehne jegliche Gewalt ab und sei der EU und den Vereinigten Staaten durchaus positiv gestimmt. Die politische Situation sei zwar angespannt und kompliziert, doch teile man in der Bevölkerung die gleichen Werte und die Vision eines friedlichen Zusammenlebens.

² Aufgabe dieser Nichtregierungsorganisation ist es, den Kontakt und das friedliche Zusammenleben der serbischen und albanischen Bevölkerung im Kosovo zu fördern. Bislang führte Community Building Mitrovica mehr als 200 Projekte im Norden des Kosovos durch.